

Besten Dank von Xi Jinping

Ein deutscher China-Forscher hat gerade eine hohe Auszeichnung der Volksrepublik angenommen. Lässt sich das Fach für die Ziele des autoritären Regimes in Peking einspannen? Ein neues Buch wirft mehr Fragen auf, als es beantwortet.

Von Björn Alpermann

SZ, 29. 11. 2024, S. 12

Xinjiang – die Autonome Region der Uiguren im Nordwesten Chinas – ist seit einigen Jahren in den Schlagzeilen wegen Vorwürfen breit angelegter Menschenrechtsverstöße. Seriöse Feldforschung vor Ort war seit Jahrzehnten politisch und ethisch heikel und ist seit dem Jahr 2017 faktisch unmöglich geworden. Allerdings fördert der Parteistaat inzwischen wieder den in- und ausländischen Tourismus in die Region und Delegationen von Journalisten und Wissenschaftlern, um „die Xinjiang-Story gut zu erzählen“, sprich Pekings Politik in gutes Licht zu rücken.

So machte sich eine Gruppe namhafter deutscher Sinologen und Rechtswissenschaftler im Mai 2023 auf eine „mehr tägige Reise in die Regionen Kashgar und Ürümqi“, also das Zentrum der uigurischen Bevölkerung im äußersten Westen, sowie die Hauptstadt der Autonomen Region. Dort wurden sie auch vom Parteisekretär Xinjiangs, Ma Xingrui, empfangen, einem hochrangigen Kader der KP Chinas, der ihnen die regierungsoffizielle Sicht vermittelte.

Mit dabei in der Reisegruppe: der prominente Sinologe Helwig Schmidt-Glintzer, der soeben mit dem Freundschaftspreis der Regierung der Volksrepublik 2024 ausgezeichnet worden ist. Es ist der höchste Preis, den der chinesische Staat an die von ihm als Freunde empfundenen ausländischen Experten vergibt. Die Universität Tübingen teilte es gerade auch stolz auf ihrer Homepage mit, samt Laureatenfoto Schmidt-Glintzers in der Großen Halle des Volkes mit Staatsratsmitglied Shen Yiqin. Und beim Staatsbankett, so die Uni in ihrer Meldung weiter, habe Chinas Präsident Xi Jinping persönlich den Preisträgern „ausdrücklich“ gedankt.

Schmidt-Glintzer hatte gemeinsam mit Thomas Heberer, einem weiteren Reiseteilnehmer, schon im September des vergangenen Jahres mit einem ersten, in der Neuen Zürcher Zeitung veröffentlichten Xinjiang-Reisebericht in der deutschen Presse eine hitzige Debatte entfacht. Unter Berufung auf Parteisekretär Ma stellte der Beitrag eine angebliche Rückkehr zur „Normalität“ in der Region fest und regte an, die EU-Sanktionen gegen China zu überdenken.

Jetzt liegt das Buch zur Reise vor: Der gemeinsam von allen Reiseteilnehmern herausgegebene Sammelband „Xinjiang – Eine Region im Spannungsfeld von Geschichte und Moderne“ soll auf rund 500 Seiten ihre Sicht der Dinge wissenschaftlich untermauern. Die hier versammelten Beiträge stammen größtenteils von einer Generation von Sinologen, deren Auseinandersetzung mit der VR China unter dem Eindruck der Kulturrevolution begann, und die die rasante anschließende Entwicklung des Landes als weitgehend positiv abgespeichert haben.

Längst gibt es einen Meinungskampf darüber, ob die Sinologie gegenüber dem autoritären Parteistaat unter Xi Jinping politisch mehr Haltung zeigen oder sich auf eine rein wissenschaftliche Analyse beschränken sollte, was Kritiker als Weg ducken (?) oder Kooptierung ansehen. Diese Diskussion, die kaum Zwischentöne duldet, erhält nun neue Nahrung.

Für den Duisburger Politikwissenschaftler und Sinologen Heberer befand sich der chinesische Staat angesichts einer wachsenden „pantürkischen“ bzw. „panislamistischen“ Terrorbedrohung in einem Sicherheitsdilemma. Aus seiner Sicht erscheint das in den Jahren 2017 bis 2020 aufgebaute „harte Disziplinierungsregime“ als Teil eines langwierigen Prozesses der Nationsbildung und „Zivilisierung“ der Minderheiten als zwangsläufig. Zur Erinnerung: In jenen Jahren wurde ein Netz von Umerziehungslagern in der Provinz aufgebaut, in denen Schätzungen zufolge bis zu einer Million Menschen interniert wurden.

Bei Heberer kommt jedoch die Sicht der Uiguren zu kurz, er erwähnt chinesische Repressionen nur mit der Chiffre „harte Maßnahmen“, führt aber nicht aus, in welchem Umfang auch die Behörden selbst zur Eskalation in der Region beigetragen haben. Jeder Unruhe folgten große Verhaftungswellen mit schnellen und harten Urteilen bis hin zu Hinrichtungen in „Hart zuschlagen“ genannten Kampagnen.

Moderate Vorschläge zur Gleichbehandlung der Uiguren blieben nicht nur „weitgehend unerhört“, wie Heberer schreibt. Sie wurden kriminalisiert: Einer der prominentesten Vertreter der Moderaten, der uigurische Ökonomieprofessor Ilham Tohti, wurde 2014 unter dem Vorwand des Separatismus zu lebenslanger Haft verurteilt. Zum Thema Zwangsarbeit behauptet Heberer, „militärische Formen der Ausbildung“ habe es schon in der Republikzeit (1912 – 49) gegeben und diese würden „keineswegs mit ‚Zwangsmaßnahmen‘ gleichgesetzt“. Wie abwegig diese Behauptung zumindest bezogen auf Uiguren ist, zeigt, dass diese selbst schon die regulären kommunalen Arbeitsdienste mit dem kolonialen Begriff *hashar* („Frondienst“) bezeichnen.

Heberer also bettet den „Kampf gegen den Terrorismus“ in Xinjiang in die Entwicklung hin zu einer – vom chinesischen Parteistaat definierten – „Zivilisation“ ein. Immerhin bezeichnet Heberer die Repressions-Kampagne von 2017 an noch als „Umerziehungs- bzw. Disziplinierungsprozess“, in dem auch nach Eingeständnis von Behördenvertretern „das Rechtssystem quasi außer Kraft gesetzt worden sei“. Georg Gesk, Professor für chinesisches Recht in Osnabrück, geht noch einen Schritt weiter: Er beschreibt die Jahre der Repression sogar als Teil eines Voranschreitens in Richtung Rechtsstaatlichkeit in China. Gesk sieht tatsächlich eine „großflächige Rechtsdurchsetzung“. Für ihn zählt dabei allein, dass es eine „gesetzliche Grundlage“ für die Lager gab, denn „daher erscheint eine willkürliche Sanktionierung praktisch ausgeschlossen“. Eine absurde Annahme, die die willkürliche Anwendung der Gesetze in einem autokratischen Staat per definitionem ausklammert.

Zudem insistiert Gesk, dass für die „Ausbildungszentren“ (so nennt der Parteistaat selbst die Umerziehungslager) „die Einweisungen freiwillig erfolgten – es gab keine Einweisung ohne Zustimmung der Betroffenen“. Der Verbleib sei auf „sieben Tage bis max. drei Monate befristet“ gewesen. Dagegen sprechen geleakte Dokumente chinesischer Regierungsbehörden wie die China Cables von strikter Bewachung mit lückenloser Kameraabdeckung, Stacheldraht und Wachtürmen, um Ausbrüche zu verhindern. Die Xinjiang Police Files liefern hierzu unterstützendes Bildmaterial. Ehemalige Insassen von Umerziehungslagern (Xinjiang Victims Database) bezeugen Inhaftierungen von deutlich längerer Dauer (meist ein Jahr, z.T. sogar drei Jahre). Solche Quellen aber werden im gesamten vorliegenden Band ignoriert.

Breiten Raum nimmt dafür die Debatte um die rechtliche Einordnung der Ereignisse in Xinjiang als Genozid ein. Der israelische Sinologe Yitzhak Shichor attestiert den exilugurischen Organisationen einen Pyrrhussieg. Zwar hätten sich die westliche Öffentlichkeit und teils die Politik ihren Genozid-Vorwurf zu eigen gemacht, damit aber gleichzeitig den Begriff entwertet und die Anliegen der Uiguren durch Übertreibung unglaubwürdig gemacht. Dieses Argument ist nicht leicht von der Hand zu weisen, wäre weniger polemisch vorgetragen aber überzeugender.

Die Herausgeber scheinen negative Reaktionen auf ihren Band in Teilen der Fachwelt und Öffentlichkeit vorauszuahnen und adressieren sie sozusagen präventiv. Die Berliner Sinologin Mechthild Leutner diskutiert kenntnisreich die Fachgeschichte der Sinologie und nutzt diese zur Rechtfertigung – fast schon Verklärung – „chinafreundlicher“ Positionen in der Gegenwart. Hauke Neddermann wirft deutschen Printmedien vor, den Meinungskorridor zu verengen, also einseitig china-kritisch zu berichten, doch sein Beitrag vermag aufgrund methodischer Mankos kaum zu überzeugen.

Abschließend wendet sich der Band der geopolitischen Sicht auf Xinjiang bzw. Zentralasien zu. Anders als Heberer, der die Hauptursachen für Terrorismus und Separatismus in den internen Entwicklungsrückständen der Region verortet, legt der China-Historiker Schmidt-Glintzer mehr Gewicht auf die externen Faktoren als Teil einer geopolitischen Auseinandersetzung mit den USA

und eines „Propagandakriegs“ in der Chinaberichterstattung. Damit bewegt er sich im Rahmen dessen, was auch in der offiziellen Sprachregelung Pekings zu hören ist.

Es wäre zu einfach, die Autoren des Bands als von Peking beeinflusste Apologeten hinzustellen, allein weil sie gegen den Zeitgeist anschreiben. Eine Gesinnungsprüfung für Forschende ist dem Wesen der Wissenschaft fremd und steht ihrer Freiheit entgegen.

Wenn sie aber gegen die Fakten anschreiben, ist das sehr wohl kritikwürdig. Ebenso wie die hochselektive Auswertung empirischer Quellen vonseiten (?) der Autoren wie überhaupt der methodisch fragwürdige Ansatz ihrer Reise. Das von ihnen zitierte „alte Sprichwort, mit eigenen Augen zu sehen ist tausendmal besser, als darüber zu hören oder zu lesen“, ist bestenfalls naiver Empirismus. Auf solchen von offizieller Seite begleiteten Reisen von wenigen Tagen Dauer bekommt man nur zu sehen, was der Partei genehm ist. Des Uigurischen selbst nicht mächtig, wa-

ren die Autoren zudem auf offizielle Übersetzer angewiesen.

Letztlich legen auch sie nur „Schreibtischstudien“ vor. Für diese beanspruchen sie jedoch aufgrund ihrer sehr begrenzten Vor-Ort-Einblicke eine höhere wissenschaftliche Autorität, ohne dabei ihre eigene Tendenz zur Bestätigung vorgefasster Ansichten im Blick zu haben. Dafür lassen die Autoren eine Fülle an Leaks von Regierungsdokumenten und Augenzeugenberichten, die das Ausmaß der Repression belegen, links liegen, statt sich ernsthaft und quellenkritisch damit auseinanderzusetzen. Statt des versprochenen „nüchternen Blicks“ auf die Region liefert der Band daher einen eher einseitigen.

Björn Alpermann lehrt Contemporary Chinese Studies an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg und publizierte 2021 Xinjiang – China und die Uiguren. Er ist Co-Leiter des EU-geförderten Forschungsprojekts „Remote Ethnography of the Xinjiang Uyghur Autonomous Region“.